Braunkohleabbau bei Jülich, Nordrhein-Westfalen

HANS BLOSSEY / FUNKE FOTO SERVICES

Gestern Gold, heute Dreck

Energie Braunkohle beschädigt die deutschen Klimaziele, überflutet die Netze mit billigem Strom und verhindert so, dass sich Wind- und Solarkraft durchsetzen. Ein rascher Ausstieg wäre sinnvoll – kostet aber Milliarden und könnte der AfD nutzen.

Wenn Lars Zimmer durch sein Dorf läuft, dann kann er sich kaum orientieren. Die Bäckerei, die Kneipe, die Straßenschilder – sie sind weg. Geblieben sind nur noch die Wege, riesige Freiflächen und, mittendrin, der „Dom von Immerath“, die katholische Pfarrkirche, von deren Türmen sie neulich die Kreuze abmontiert haben.

„Es fällt mir schwer, mir vorzustellen, wo die Häuser standen“, sagt der 45-jährige Familienvater: „Es fehlen einfach die Bezugspunkte.“

Da ist nicht viel übrig von Immerath, dem Ort, in dem Zimmer seit seiner Kindheit lebt. Das Dorf, zwischen Düsseldorf und Aachen gelegen, hatte mal 1500 Einwohner. Heute sind es noch etwa 20. Lars Zimmer harrt aus, bis die Bagger des Stromgiganten RWE den Ort erreichen und Immerath endgültig dem Braunkohletagebau Garzweiler II weichen muss: „Das ist meine Art, dagegen zu protestieren.“

Seit Jahren fressen sich die gewaltigen Schaufelradbagger aus Süden kommend Richtung Mönchengladbach. Sie folgen Kohleflözen, die nahe der Oberfläche verlaufen. Wälder, Äcker, Bauernhöfe und Dörfer fallen den Maschinen zum Opfer. Alles, was stört, wird abgerissen, umgesiedelt und anderswo neu aufgebaut.

Zimmer ist so etwas wie das öffentliche Gesicht für die Entsiedelung seiner Heimat geworden. Selbst Reporter aus dem Ausland haben ihn interviewt und gefilmt auf seinem Gang durch das Geisterdorf. Und im Mai bekam der Mann mit dem schmalen, kahl rasierten Kopf hohen Besuch aus Berlin.

Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt wollte sich vor geeigneter Kulisse über die Braunkohle gruseln. Sie brachte noch mehr Journalisten mit und sagte Sätze wie: „Es ist deprimierend, erleben zu müssen, wie ein Ort, der umgesiedelt werden muss, leer gewohnt wird.“ Dann saß sie mit Lars Zimmer im Garten, unter Apfelbäumen, und er erzählte ihr von „der großen Katastrophe“, die Tag für Tag voranschreitet, bis irgendwann alles weg ist.

Oder doch nicht?

Lars Zimmer hat wieder „einen Hauch von Hoffnung“. Das sagt er jetzt, Mitte November. Denn die Braunkohle ist mitten auf der großen politischen Bühne gelandet. In Bonn diskutierten in dieser Woche 25 000 Delegierte aus 170 Ländern über das Klimaabkommen von Paris, mit dem sich Deutschland völkerrechtlich verbindlich zu einer Einsparung von 40 Prozent Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zum Jahre 1990 verpflichtet hat – ein Todesurteil für die Riesenbagger.

Auch in Berlin reden sie über die Kohle, und Katrin Göring-Eckardt ist wieder dabei. Ihre Partei ist es, die in den Verhandlungen über eine Jamaikakoalition für den Ausstieg aus der Kohle kämpft.

Dennoch ist das Thema längst nicht mehr bloß grüne Liebhaberei. Wie auch immer die neue Regierung aussehen wird – sie wird handeln müssen. Nicht nur aus ökologischen Motiven, sondern auch aus energiewirtschaftlichen.

Die Braunkohle passt nicht mehr in eine Welt, die auf fossile Brennstoffe verzichten will. Die dunkelbraune, bröckelige Materie, von der allein hinter Zimmers Gartenzaun täglich 100 000 Tonnen aus der Erde gekratzt werden, hat einst den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands befeuert. 170 Millionen Tonnen Braunkohle werden in Deutschland jedes Jahr gefördert, knapp ein Viertel des im Land produzierten Stroms stammt aus diesem Stoff.

DAVID KLAMMER / DER SPIEGEL

Tagebau-Vertriebener Zimmer
„Das ist meine Art zu protestieren“

Doch so nützlich die krümelige Energiequelle aus dem Miozän für die Nation auch war: Jetzt ist sie zu einer Last geworden auf dem Weg in ein neues technologisches Zeitalter. Was gestern noch Gold war, gilt vielen heute bloß noch als Dreck. Dekarbonisierung heißt auf Neudeutsch dieser Übergang in eine Ära aus erneuerbarer Energie, die nicht aus Kohlenstoff erzeugt wird, sondern vor allem aus der Kraft des Windes und der Sonne. Die Braunkohle behindert diese Entwicklung. Der Strom, der immer noch massenweise aus ihr gewonnen wird, drückt die Preise und macht Gaskraftwerke unrentabel. Dabei sollen diese Gaskraftwerke noch ein paar Jahre als Brückentechnologie herhalten, bis ein System aus erneuerbaren Energien, Verteilnetzen und Speichersystemen etabliert ist.

Die alte Regierung hat es jedoch nicht geschafft, dem Spuk ein Ende zu setzen. Stattdessen werden immer weiter Fakten geschaffen, fordert der Abbau weiteren Tribut. Aktuell ist es eine komplette Autobahn, die A 61. Sie wird abgerissen, auf sechs Spuren mehrere Kilometer weit verlegt, um dann im Jahr 2035, wenn sich der Tagebau durch das Gebiet Garzweiler II hindurchgefressen hat, an alter Stelle wieder aufgebaut zu werden.

„Was da passiert, ist der reine Wahnsinn“, sagt Dirk Jansen, Geschäftsleiter beim BUND. Erst recht, wenn man bedenke, dass die Kohle, um die es hier geht, eigentlich kein Mensch mehr haben wolle.

Braunkohle ist zwar deutlich einfacher und billiger abzubauen als die tief liegende Steinkohle im Ruhrgebiet, deren Förderung im nächsten Jahr endgültig ausläuft. Doch hat die Braunkohle einen wesentlich geringeren Energiegehalt und ist vor allem deutlich klimaschädlicher als alle anderen fossilen Energieträger.

Selbst modernste Kraftwerke erreichen nur Wirkungsgrade von knapp über 40 Prozent. Alte Meiler, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren errichtet wurden und von RWE noch immer eingesetzt werden, erreichen teilweise gerade mal 30 Prozent. Braunkohle liegt beim Ausstoß nahezu aller Schadstoffe, darunter Quecksilber, oben, bei CO_2 ist sie Spitzenreiter. Würde Schluss gemacht mit der Förderung der

Kohle und deren Verstromung, würde das 40-Prozent-Ziel der Republik mit einem Schlag erreicht. Aber wie?

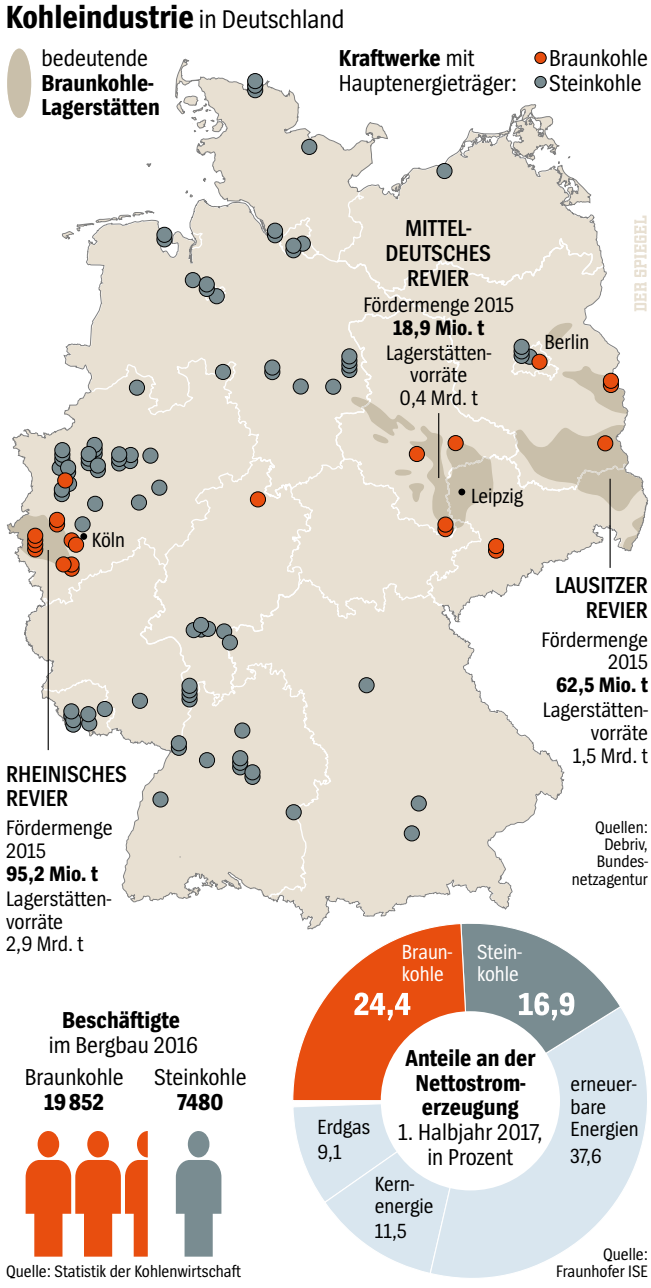
Vor allem um zwei Regionen geht es, um das Rheinische Revier und die ostdeutsche Lausitz, und um zwei Energieunternehmen, deren Überleben an der Braunkohle hängt: RWE im Westen und die Leag im Osten. Zusammen beschäftigen sie in diesem Geschäftsfeld gut 17 000 Menschen. Die Konzerne wehren sich, ihr Geschäft aufzugeben.

Jetzt rächt sich, dass die Braunkohle so lange vom Staat gepflegt und gehätschelt wurde. Jahrzehntelang galt die Doktrin, dass die Braunkohle der einzige heimische Energieträger sei, der zuverlässig auch in hundert Jahren zur Verfügung stehe.

Behörden und Politik räumten RWE und Co. deshalb weitreichende Sonderrechte beim Abbau ein. RWE etwa pumpt im Rheinland über Hunderte Quadratkilometer um seine Abbaugebiete herum das Grundwasser bis zu einer Tiefe von mehreren Hundert Metern ab. Die Schäden für die Landschaft und die Böden durch Risse, Senkungen und Verödung sind jetzt schon enorm. Was passiert, wenn das Wasser in 20 oder 30 Jahren wieder ansteigen sollte, weiß kein Mensch. Einige Experten fürchten, dass Landstriche und Dörfer förmlich absaufen könnten.

Da die Unternehmen langfristige Verträge mit Land und Bund über Flächennutzung, Abbaurechte und Mengen geschlossen haben, haben sie keinen Grund, sich freiwillig von dem Geschäft zu trennen. Im Gegenteil: Bei einem abrupten Ende der Braunkohleförderung müssten sie die in Anspruch genommenen Flächen wieder rekultivieren, den Wasserhaushalt in Ordnung bringen und Dörfer und Straßen wie das Autobahnkreuz Jackerath wieder instand setzen.

Das kostet Milliarden. Geld, das RWE nicht hat, sondern erst in den letzten Jahren des Tagebaus verdienen und für diesen Zweck zurücklegen wollte. Bei der Leag kommt hinzu, dass die Gesellschaft mit Sitz in Cottbus tschechischen Investoren gehört, die das Ganze erst im vergangenen Jahr vom Energiekonzern Vattenfall gekauft haben. Manch einer unkt, die Manager aus dem Nachbarland hätten beim Kauf mit einkalkuliert, dass der Staat ihnen am Ende alles wieder abkauft und für die Rekultivierung aufkommen wird.



Der politische Preis für das klimaschonende Ende der Braunkohle dürfte ein hoher sein. 17 Milliarden Euro, so hat es die Denkfabrik Agora Energiewende kalkuliert, dürfte es bis ins Jahr 2040 kosten. In Ostdeutschland hält man diese Summe für viel zu niedrig. Die Ministerpräsidenten der betroffenen Regionen befürchten nicht nur die Kosten des Strukturwandels, sondern den Preis, den die Demokratie möglicherweise dafür zahlen muss, zumindest dann, wenn er schiefgeht.

Denn das „schwarze Gold“ ist noch immer der ganze Stolz der Region. Die Arbeitsplätze, so heißt es in der Studie „Strukturwandel in der Lausitz“ der Hochschulen Dresden und Cottbus-Senftenberg, seien meist hochwertig und überdurchschnittlich gut bezahlt. Brächen diese weg, sei in kurzer Zeit kaum Ersatz zu schaffen.

Der Wandel trifft eine Region, die bereits in den letzten Jahrzehnten enorme Veränderungen durchlitten hat. Von 80 000 Jobs in der Braunkohle zu Zeiten der DDR sind 8000 geblieben. Die Erfahrung der „demografisch bedingten Entleerung“ der Gegend habe sich „tief in das kollektive Gedächtnis der Region eingegraben“. Bei den Menschen habe das „ein starkes Gefühl dafür hinterlassen, wie prekär die eigenen Lebensverhältnisse sein können“, schreiben die Autoren der Studie.

Diese psychische Verfassung wissen rechte Parteien zu nutzen. Gerade hat der Verein Pro Lausitzer Braunkohle Bundestagsabgeordneten in Berlin ein Grundsatzpapier zur Lausitz-Frage mit auf den Weg gegeben. Darin warnt er die Parlamentarier vor „einem gesellschaftlichen Zusammenbruch“ der Region. Die Aktivisten haben die Wahlergebnisse der Bundestagswahl in den vier Lausitz-Wahlkreisen zusammengerechnet. Danach ist dort schon jetzt die AfD mit 168 000 Stimmen stärkste Kraft vor der CDU (149 000). Der Verein spricht von einem politischen Flächenbrand.

Die politischen Akteure können bei dem Thema kaum noch gewinnen. Sachsens scheidender Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) hat das gerade wieder erlebt. Er hatte, den Kohleausstieg vor Augen, einen Fonds zur Gestaltung des Strukturwandels gefordert. 6,2 Milliarden Euro seien nötig. Auch die Neuauflage des Kohlepfennigs brachte er ins Spiel.

Die AfD nahm die Offensive dankbar auf: „Sachsen-CDU verkauft Lausitz-Arbeitsplätze und fordert dafür Geld vom Steuerzahler!“ Es werde enden wie im Ruhrpott, ätzte der sächsische AfD-Fraktionschef Jörg Urban: Sachsen werde bald „ein neues, regionales Armenhaus ohne Zukunft, aber dafür mit vielen Wölfen“.

Im Westen ist der Ausstieg aus der Braunkohle für die Politiker weniger ein soziales, sondern in erster Linie ein fiskalisches Problem. Das liegt an RWE, dem ehemals so stolzen Energieriesen, und dessen besonderer Geschichte. Jahrzehntelang galt der Besitz von Anteilen an dem Essener Unternehmen als sichere Bank, weshalb viele Städte vor allem im Ruhrgebiet an RWE beteiligt sind.

In den guten Jahren warfen die Anteile satte Gewinne für die Stadtkämmerer ab.

Geht RWE zugrunde, weil die profitablen Braunkohlekraftwerke abgewickelt sind, dann fehlt den Städten die Dividende des Stromkonzerns. Dabei stehen viele Kommunen an Rhein und Ruhr bereits jetzt vor dem Bankrott. Das war einer der Gründe, warum Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) in den Sondierungsgesprächen hart gegen den Anti-Kohle-Kurs der Grünen vorging.

Die Vorstände von RWE werden den CDU-Mann vermutlich auch daran erinnert haben, dass die Gewinne aus den Braunkohlekraftwerken noch etwas anderes finanzieren müssen: den Rückbau der Atomkraftwerke. Die dafür vorgesehenen Milliarden stecken bilanztechnisch im Kapital der Braunkohlekraftwerke und deren Gewinnen. Sind die futsch, muss der Staat am Ende nicht nur für die Rekultivierung der Tagebauten zahlen, sondern auch den milliardenteuren Abriss der Nuklearanlagen.

Aus diesem Grund dürften sich die Energiekonzerne einen vorzeitigen Abschied aus der Braunkohle vom Staat oder von den Stromkunden bezahlen lassen. Eine, aus Sicht der Politiker, elegante Lösung steht bereits parat: die sogenannte Sicherheitsbereitschaft aus bislang drei Kohlekraftwerken, die praktisch stillgelegt sind und nur dann wieder aktiviert werden, wenn das Stromnetz zusammenbricht.

Die an der Sicherheitsreserve beteiligten Unternehmen bekommen über eine Umlage auf die Rechnung der Stromkunden insgesamt 1,6 Milliarden Euro für die nächsten vier Jahre dafür, diese Leistung bereitzuhalten. Die für die Versorgungssicherheit zuständige Bundesnetzagentur dürfte keine Probleme haben, auf Geheiß der Politik die verbliebenen Braunkohlemeiler in die Sicherheitsreserve zu entlassen. RWE hat der Bundesregierung signalisiert, dass sie bei einem entsprechenden Übergangsgeld bereit wäre, sukzessive auf ihre Braunkohlekraftwerke zu verzichten.

Doch das Ziel, den CO_2-Ausstoß schnell und nachhaltig zu senken, ließe sich auch über eine andere Strategie erreichen: einen höheren CO_2-Preis. Energieversorger wie EnBW und E.on haben vorgeschlagen, den Preis für eine Tonne CO_2-Ausstoß von heute rund 6 Euro auf mindestens 25 Euro und in einigen Jahren auf 30 Euro anzuheben. Der Charme dieser Idee: Energieträger wie Sonne, Wind, Wasser, aber auch Gas, die vergleichsweise wenig CO_2 ausstoßen, würden gefördert.

Zugleich würde das Verbrennen von Öl, Steinkohle und besonders Braunkohle deutlich teurer. Der Einsatz zur Stromgewinnung würde sich kaum noch lohnen. Der Anteil der klimaschädlichen Kohlekraftwerke an der Stromerzeugung würde schnell sinken. „Ein fairer und in wichtigen Ländern in der EU einheitlicher CO_2-Preis wäre der richtige Weg, die Energiewende konsequent umzusetzen“, sagt Johannes Teyssen, Chef des Energieriesen E.on, der seine fossilen Kraftwerke im vergangenen Jahr aus dem Unternehmen abgespalten hat.

Was aber tun mit den Leuten, die in der Braunkohle beschäftigt sind? Auf dem Papier könnte alles so schön sein: Die Agora-Energieexperten haben eine Studie für die Lausitz vorgelegt, in der sie jährlich 100 Millionen Euro etwa für den Aufbau eines Fraunhofer-Instituts fordern, einer Forschungslandschaft, in der an einer Industrie ohne CO_2-Ausstoß gearbeitet werden soll. „Ein wirtschaftlich prosperierendes Land wie Deutschland kann den Wandel der Region ökonomisch problemlos bewältigen“, sagt Agora-Chef Patrick Graichen.

So weit die Theorie. In der Region steht hingegen alles am Anfang. Seit Neuestem gibt es eine Zukunftswerkstatt Lausitz, die bis zum Jahr 2020 Strategien für die Region finden soll. Es gibt eine Innovationsregion Lausitz GmbH, die mit den Handelskammern und Hochschulen nach Lösungen sucht. Über 70 Projekte wurden bislang identifiziert, die Wachstum in die Region bringen könnten. So sollen neue Absatzmärkte in den Metropolen Berlin, Dresden und Leipzig gefunden werden.

Ob dies mehr als 20 000 direkte und indirekte Arbeitsplätze in der Region retten kann, darf bezweifelt werden.

Benedikt Becker, Frank Dohmen, Gerald Traufetter, Steffen Winter